



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Mettmann

Kreishaus, Düsseldorfer Straße 26
D-40822 Mettmann
Tel 02104-99-2974

E-Mail gruene.fraktion@kreis-mettmann.de
Internet www.gruene-kreis-mettmann.de

14.12.2023

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2024 des Kreises Mettmann

Sehr geehrter Landrat Hendele,
sehr geehrte Mitarbeitende der Kreisverwaltung,
geschätzte demokratische Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
werte weitere Anwesende!

Erst vor wenigen Monaten haben wir hier - mehrheitlich gemeinsam - den Nachtragshaushalt 2023- verabschiedet. Nach dem Doppelhaushalt 2022/23 beschließen wir nun ganz bewusst einen einjährigen Haushalt. Hoffentlich können wir uns ab dem Haushaltsjahr 2025 auf verbesserte Rahmenbedingungen durch Bund und Land einstellen - die Kommunen warten dringend auf positive Entscheidungen bei der Altschuldenregelung!

Zum Glück liegen zwischen Haushaltseinbringung und Haushaltsverabschiedung mehrere Wochen! In dieser Zeit haben sich einige relevante Stellschrauben deutlich zum Besseren gedreht. Und was für uns besser ist, ist auch besser für unsere kreisangehörigen Kommunen!

Der Kreishaushalt ist umlagefinanziert über die kreisangehörigen Städte. Wir sind von daher gefordert, mit dem Geld anderer so sorgsam wie irgend möglich umzugehen. Gerade aktuell, da die finanzielle Situation gut der Hälfte der kreisangehörigen Städte sehr angespannt ist, wird auf den Haushalt des Kreises mit besonderem Augenmerk geschaut.

Bei Einbringung des Haushaltsentwurfes 2024 sind wir noch davon ausgegangen, 444 Mio. € Umlage zu benötigen. Diese Zahl konnte im Rahmen der Haushaltsberatungen um 20 Mio. € abgesenkt werden - zur Entlastung der Kommunen.

Kostensteigerungen finden sich insbesondere im Sozialetat und bei den Personalkosten sowie in der VRR Umlage.

Wir merken an den Sozialleistungen, dass die Bevölkerung im Schnitt älter wird. Dies hat Einfluss auf die Menge notwendiger örtlicher und regionaler Unterstützungsdienstleistungen.

gen (ambulante Dienste, Seniorenzentren, Pflegeeinrichtungen beispielsweise) genauso wie auf die Ausgaben zum Beispiel für die Grundsicherung.

Die Preissteigerungen des letzten Jahres bilden sich auch im Bereich des Sozialhaushalts ab. Insofern verwundert weder hier noch für den Bereich des VRR der Anstieg der Ausgaben-
seite des Kreishaushaltes.

Personaletat

Der - für die Angestellten sehr zu begrüßende Tarifabschluss aus dem Frühjahr - führt zu einer Steigerung des Personalkostenbudgets wie in allen Kommunalverwaltungen. Die nun getroffene analoge Entscheidung für Beamtinnen und Beamte wurde im Haushaltsplanentwurf bereits berücksichtigt.

Dennoch: Genaues Lesen des Haushaltsplanentwurfes offenbart die absurde Situation, dass die Personalmehrausgaben lange nicht so hoch angesetzt sind, wie zu erwarten wäre. Woran liegt das?

Es liegt daran, dass die Kämmerei ihre Planungen mit Personalmangel, quasi mit Personal-Leerstand, rechnet. Es wird eingepreist, dass Planstellen nicht besetzt sind, also Menschen nicht vorhanden sind, um Aufgaben zu erledigen, die vorgesehen und notwendig sind! In 2023 sind knapp 80 Stellen unbesetzt. Das ist die Berücksichtigung von Fakten, aber doch keine erfreuliche Situation! Dahinter steckt immer Mehrbelastung für das vorhandene Personal einerseits, und längere Wartezeiten auf Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger andererseits. Wenn ich das hier so benenne, ist das übrigens keine Kritik an der Vorgehensweise der Kämmerei oder der Verwaltungsführung, überhaupt nicht. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, dass wir ein strukturelles bundesweites Personalproblem haben: Geburtenstarke Jahrgänge verlassen den Arbeitsmarkt, es kommen deutlich weniger erwerbsfähige Menschen nach, die ihre Aufgaben übernehmen können.

Deswegen hat die Kooperation aus CDU, GRÜNEN und FDP im Kreisausschuss zuletzt beantragt, dass die Verwaltung ihr Personalkonzept überarbeiten und darlegen soll. Wir müssen eng an dieses Thema dran, wir brauchen hier Entwicklung, Veränderung, Ideen!

Sehr geehrter Herr Hendele,

wir begrüßen ausdrücklich Ihre Bereitschaft, an dieser Thematik mit der Politik gemeinsam zu arbeiten!

Mit Blick auf unsere finanziell gebeutelten Städte ein Hinweis:

Wir haben bewusst im Stellenplan 2024 keine Stellenmehrungen vorgesehen. Dies ist eine politische Entscheidung der Kooperation CDU, GRÜNE, FDP bereits im vergangenen Jahr zugunsten der kreisangehörigen Städte gewesen, da absehbar war, dass die Finanzlage der Kommunen deutlich schwieriger werden würde. Leider hat sich diese Annahme bis hierhin bewahrheitet. Eine kleine Entspannung erleben wir in den letzten 2 Monaten, da teilweise die Steuereinnahmen besser ausfallen als erwartet.

An die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung gerichtet sage ich deutlich: Wir sehen Ihre Belastungssituation! Wir gehen diese absolut unbefriedigende Tatsache an!

Unser Ziel ist eine zukunftssichere Kreisverwaltung Mettmann!

Personal in der Kreisverwaltung

Sehr geehrter Herr Hendele,

Sie haben an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen:

Auch wenn keine Stellenausweitung für 2024 erfolgt, werden wir uns über die personelle Situation im Amt für Hoch- und Tiefbau, im Sozialamt oder in der Ausländerbehörde unterhalten müssen. Wir sehen das ebenso. Denn: Es gibt Arbeitsbereiche, die Entlastung brauchen werden. Wir werden eine Stellenausweitung prüfen müssen zum Beispiel für das Ausländeramt. Dort bestehen immer wieder lange Wartezeiten und Bearbeitungsrückstände bei aktuell erhöhtem Bedarf, zum Beispiel im Bereich der Einbürgerung. Da müssen wir dringend ran!

Wir wünschen uns, dass der Baubereich schneller die Umsetzung beschlossener Projekte realisieren kann! Unter anderem, weil wir mehr Tempo in der Umsetzung der beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen brauchen! Wir brauchen zudem mehr Tempo in der Umsetzung von Baumaßnahmen zum Erhalt und Ausbau unserer Radwegeinfrastruktur!

Herr Hendele, wir wissen, dass auch Ihnen diese Themen wichtig sind. Sie können auf unsere Unterstützung zählen.

Kommunale Gesundheitsvorsorge

Wir treffen heute eine sehr wichtige Entscheidung zur Sicherung unserer kommunalen Daseinsvorsorge. Wir sichern den Bestand der Krankenhäuser Langenfeld und Hilden. Dazu sind in den letzten Tagen, Wochen und Monaten viele Gespräche - öffentlich und nichtöffentlich - geführt worden. Nachdem wir bereits frühzeitig, nämlich im August, auf eine Schieflage zwischen den örtlichen Krankenhausstrukturen und der Krankenhausplanung NRW aufmerksam gemacht haben, haben sich in den letzten Monaten sowohl das Landesgesundheitsministerium MAGS als zuständiges Ministerium, die örtlich zuständigen Landtagsabgeordneten, die örtlichen Bürgermeister*innen als auch Landrat Hendele massiv für den Erhalt unserer Krankenhaus-Strukturen vor Ort eingesetzt. Und wir waren zumindest in Teilen erfolgreich! Ich danke dafür allen Engagierten!

In der Kooperation CDU, GRÜNE, FDP besteht Einigkeit, dass die Sicherung des Krankenhausstandortes Hilden insbesondere aus rettungsdienstlicher Sicht notwendig für Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann ist. Alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Mettmann profitieren von dem Erhalt der Klinikstandorte Hilden und Langenfeld. Deswegen ist es für uns selbstverständlich dem Träger Gemeinnützige Franziskanerinnen zu Olpe (GFO) unter dem größtmöglichen Ausschluss von Risiken und unter Beachtung beihilferechtlicher wie anderer Regularien eine finanzielle Unterstützung für den Start einer gemeinsamen Klinik Langenfeld – Hilden zu bewilligen.

Leider ist die Rettung des Standortes Haan bislang nicht geglückt. Weiterhin laufen hier Gespräche, Überlegungen und Prüfungen. An dieser Stelle gehört zur Ehrlichkeit aber auch: Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass Krankenhäuser landauf, landab mit Finanz- und Personalproblemen zu kämpfen haben. Und: wir müssen anerkennen, dass andere Player maßgeblich sind, wichtige Entscheidungen zu treffen bei der Frage „bleibt der Standort Haan erhalten?“ Das sind das Bundesgesundheitsministerium, das Landesgesundheitsministerium MAGS, Krankenkassen und nicht zuletzt auch enga-

gierte Ärztinnen und Ärzte. Der Standort Haan ist es allemal wert, Medizinisches Versorgungszentrum vor Ort zu werden! Wir bleiben engagiert!

Mobilitätswende?

Wenn wir uns anschauen, wie weit wir auf dem Weg hin zu einer zukunftsweisenden Mobilität sind, lässt sich im Straßenbild bislang wenig erkennen. Wir GRÜNEN können aber selbstbewusst sagen, die Veränderungen sind in der Mache! Mit der Verabschiedung des Radverkehrskonzepts im letzten Jahr und dem Knotenpunktsystem für touristischen und Alltags-Radverkehr am heutigen Tag, sind umfassende Projekte auf den Weg gebracht. Allerdings legen die Konzepte auch offen, dass für eine gut ausgebaute Radinfrastruktur im Kreis auch unsere Städte in der Pflicht sind. Eine gut ausgebaute Radinfrastruktur ist essentiell für klimafreundliche Mobilität, sie leistet einen Beitrag zu unserer Gesundheit und zur Sicherheit **aller** Verkehrsteilnehmenden. Mit dem in Kürze startenden Förderprogramm für E-Lastenfahrräder setzen wir zudem Anreize, um den Umstieg vom PKW aufs Rad zu erleichtern.

Weiter verfolgen wir im Schulterschluss die Sanierung der L239 mit zeitgleicher Entwicklung eines Radwegs. Begrüßenswert ist, dass das Thema im Verkehrsministerium angekommen und so in der Priorisierung hochgerutscht ist. Um die letzten Hürden zu beseitigen und beide Projekte zeitnah umzusetzen, arbeiten wir auf allen Ebenen konstruktiv zusammen. Wir freuen uns außerdem auf die Ergebnisse der Studie der Universität Dresden zum Öffentlichen Personen Nahverkehr, die wir zur Grundlage nehmen werden, um die öffentliche Nahmobilität an entscheidenden Stellen zu verbessern.

Hier stehen für nächstes Jahr ebenfalls Entwicklungen an. Mit OnDemand Angeboten werden wir es zudem schaffen, Ziele an Randzeiten und jenseits vom Linienbetrieb anzufahren.

Zu guter Letzt: Der Ausbau von Infrastruktur ist sinnvoll und richtig, schauen wir uns die Jahrzehnte vernachlässigte Schieneninfrastruktur an. Doch an anderer Stelle ist Ausbau nicht sinnvoll, nämlich bei der A3: Wir wehren uns gegen einen Ausbau der A3 auf eine 10-Spurigkeit – nämlich vier Spuren pro Richtung plus Seitenstreifen-. Unser Kreis wird durch diese Autobahn bereits genug belastet, mehr ist nicht drin! Und wenn der Bundesverkehrswegeplan dafür geändert werden muss, dann ist das eben so!

Umwelt- und Klimaschutz

Die Umwelt- und Klimaschutzarbeit des Kreises ist von der Konzepterstellung im Machen angekommen! Wir haben die Klimaneutralität der Kreisverwaltung fest in den Blick genommen. Wir werden in 2024 endlich neue Photovoltaikanlagen auf Kreisdächern sehen. Wir erreichen Bürgerinnen und Bürger mit dem erneut aufzulegenden Förderprogramm für Stecker-PV-Anlagen oder durch die vom Kreis initiierten, ehrenamtlich tätigen BürgerSolarBeratungs-Gruppen, die bereits in 9 von 10 kreisangehörigen Städten bei der Entscheidung rund um Photovoltaik beraten. Und wir denken auch an die Arbeit in den fünf Umweltbildungszentren, die wir hier im Kreis haben und brauchen! Wir unterstützen deren wertvolle Arbeit durch eine Zuschusserhöhung um 10.000€ je Einrichtung. Der personelle Zuwachs in der Stabsstelle Klimaschutz stimmt uns positiv, dass schon im kommenden Jahr weitere wichtige Projekte wie der kreisweite Hitzeaktionsplan in die Umsetzung kommen. Der dieses Jahr getroffene Beschluss zur "Klimaneutralen Verwaltung" erfordert allerdings noch viele Umsetzungsschritte.

Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation begrüßen wir die Erfolge der Stabsstelle Klimaschutz, in diesem Jahr Fördermittel in Höhe von über einer halben Million Euro eingeworben zu haben.

Für die Zukunft ist es aus unserer Sicht erforderlich, den Blick noch mehr auf die UN-Nachhaltigkeitsziele zu richten und definierte Nachhaltigkeitskriterien für den Kreis Mettmann festzulegen. Hierfür können wir auf die Expertise und Fachberatung des Netzwerkes der LAG Agenda 21 zurückgreifen.

Haushaltsverabschiedung

Die Kämmerer und Kämmerinnen der kreisangehörigen Städte haben im Rahmen der Behmehensherstellung den Haushaltsplanentwurf 2024 des Kreises geprüft und ihre Stellungnahmen abgegeben.

Sie haben dabei ihre Sorge verdeutlicht, dass die finanzielle Lage in der überwiegenden Zahl der Städte sehr angespannt ist und möglicherweise vor der Installierung von Haushaltssicherungskonzepten stehen.

Daher haben sich Kreisverwaltung wie Kreispolitik sehr bemüht, wirtschaftlich zu agieren. Dabei sind wir den Anregungen der kreisangehörigen Städte in vielen Punkten nachgekommen.

- Wir geben die Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2020, 2021 und 2022 direkt in die Entlastung der Kreisumlage weiter. Das sind immerhin ca. 18 Mio. €
- Weitere 4,1 Mio. € weniger zahlt der Kreis durch die gestern in der Landschaftsversammlung umgesetzte Senkung des LVR-Hebesatzes um 0,5%Punkte.
- Die Kämmerei arbeitet mit geringem Spielraum für die einzelnen Fachbereiche.

Wir in der Politik im Kreis Mettmann haben heute gezeigt, dass wir auch an uns selbst sparen können – soweit dies geboten und sinnvoll ist - mit der Reduzierung um fünf Wahlkreise zur Kommunalwahl 2025. Natürlich bleibt die politische Gestaltungsmöglichkeit im besten demokratischen Sinne auch für die Zukunft sichergestellt!

Unser Kreistag umfasst aktuell mit 86 Abgeordneten bei 33 Wahlkreisen 20 Überhangmandate. Wir sind größer als der Landtag des Saarlandes! Und die haben immerhin doppelt so viele Einwohner:innen wie der Kreis Mettmann!

Insofern hat die Kooperationsmehrheit hier einen genauso notwendigen, wie sinnvollen, Beschluss getroffen.

Wir sind froh, den Haushalt 2024 fristgerecht beschließen zu können. Ein verabschiedeter Kreishaushalt ist relevant, denn er gibt für die Kommunen, für Sozialverbände, für Kooperationspartner und -partnerinnen und für alle Bürgerinnen und Bürger im Kreisgebiet Planungssicherheit.

Und Sicherheit benötigen wir Menschen gerade jetzt. Denn die gesellschaftliche Stimmung ist von Krisen, Belastung und Zweifeln geprägt. Die Probleme heißen: Putin,

Rechtsextremismus, Kriege, Klimakrise, Armut, Flucht. Wir alle spüren die Folgen dieser Weltpolitischen Entwicklungen.

Und doch haben wir hier in Deutschland, in NRW, im Kreis Mettmann: Demokratie und Rechtsstaat, freie Meinungsäußerung und Chancenvielfalt. Wir brauchen nicht verzweifeln! Wir können mit gesellschaftlichem Zusammenhalt Alles erreichen! Wir schaffen die notwendigen Veränderungen in eine sichere Zukunft für Alle!

In diesem Sinne werben möchte ich für eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit, gerade in unserem dicht besiedelten Kreis Mettmann! Es gibt so viele Möglichkeiten, einzelne Aufgaben für mehrere Städte bzw. den Kreis gleichzeitig bzw. digital auszuführen und damit Personal-, Schulungs- und Raumeinsparungen vornehmen zu können ohne an Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger zu sparen. Gemeinsam kommen wir weiter!

Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN wird diesem Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich danke den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung, in der Kämmerei, im Kreistagsbüro und im Landratsbüro für ihre gute Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen in der Politik für sachgerechte Diskussionen und den demokratischen Umgang untereinander.

Ich danke für Ihre und eure Aufmerksamkeit.

Sandra Ernst
Fraktionsvorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Mettmann